

Vereinsrecht kompakt

**Oder: Was ein Vorstandsmitglied über
Vereinsrecht wissen sollte!**

Seminar des Landkreises St. Wendel.
am 06.11.2025 in Marpingen

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

RKPN.de-Rechtsanwaltskanzlei
Patrick R. Nessler
Kastanienweg 15
66386 St. Ingbert

Telefon: 06894 9969237
Telefax: 068949969238
Mail: Post@RKPN.de

www.RKPN.de

Patrick R. Nessler
Rechtsanwalt

RKPN.DE
RECHTSANWALTSKANZLEI
PATRICK R. NESSLER

- **Inhaber der RKPN.de-Rechtsanwaltskanzlei Patrick R. Nessler, St. Ingbert**
Schwerpunkte: Vereins-, Verbands- und Gemeinnützigkeitsrecht, Datenschutzrecht für Vereine und Verbände, Kleingartenrecht
- **Dozent für Sport- und Vereinsrecht an der Deutschen Hochschule für Prävention und Gesundheitsmanagement, Saarbrücken**
- **Dozent für Datenschutzrecht an der Führungsakademie des Deutschen Olympischen SportBundes e.V., Köln**
- **Justiziar des Landessportverbandes für das Saarland, Saarbrücken**
- **Generalsekretär des Deutschen Betriebssportverbandes e.V., Berlin**
- etc.

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

www.RKPN.de

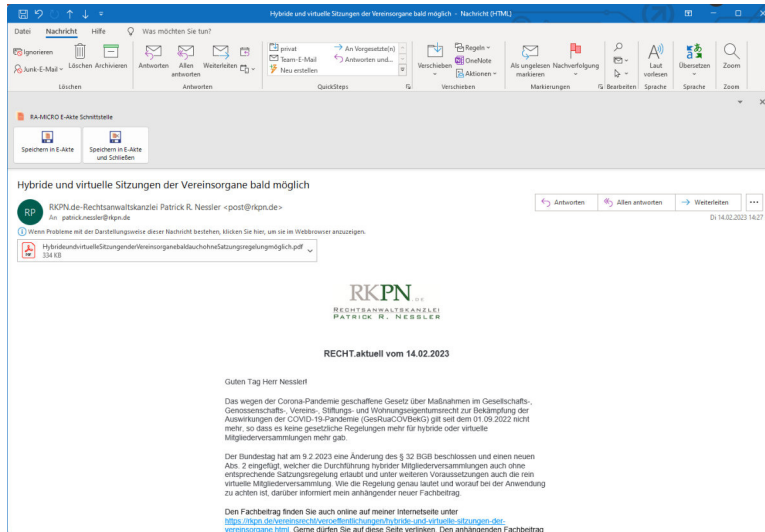
RKPN.DE
RECHTSANWALTSKANZLEI
PATRICK R. NESSLER



© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Newsletter „RECHT.aktuell“

RKPN.DE
RECHTSANWALTSKANZLEI
PATRICK R. NESSLER



© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die heutigen Themen

RKPN.DE
RECHTSANWALTSKANZLEI
PATRICK R. NESSLER

- **Einführung**
- **Wann ist eine Personenvereinigung ein Verein?**
- **Welche Bedeutung hat die Vereinssatzung?**
- **Exkurs: Die Satzung und die „Gemeinnützigkeit“**
- **Warum gibt es den Vereinsvorstand?**
- **Was darf der Vorstand entscheiden und was nicht?**
- **Für welche Fehler muss der Vorstand einstehen?**
- **Ist die Mitgliederversammlung wirklich das höchste Organ des Vereins?**
- **Vertrauen ist gut, Kassenprüfung ist besser!**

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Voraussetzungen eines Vereins

Oder: Wann ist eine Personenvereinigung ein Verein?

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Anforderungen der Rechtsprechung

„Die Annahme des Berufungsgerichts, dass sie [die Schützengesellschaft] als ein ... Verein ... zu betrachten sei, begegnet keinen rechtlichen Bedenken. Denn sie ist

eine **auf die Dauer berechnete**
Verbindung einer **größeren Anzahl von Personen**
zur Erreichung eines **gemeinsamen Zweckes**,
die nach ihrer Satzung **körperschaftlich organisiert** ist,
einen **Gesamtnamen** führt und
auf einen **wechselnden Mitgliederbestand** angelegt ist.

Damit sind die Merkmale gegeben die in der Rechtsprechung des Reichsgerichts ... für notwendig, aber auch für ausreichend gefunden werden, um den ... Verein als ein körperschaftliches Gebilde zu kennzeichnen und ihn damit von der Gesellschaft zu unterscheiden.“

(RG, Urt. v. 18.01.1934, Az. IV 369/33)



Gilt auch für die Untergliederungen des Vereins, wenn diese auf Dauer Aufgaben nach außen im eigenen Namen durch eine eigene, dafür handlungsfähige Organisation wahrnehmen (BGH, Urt. v. 19.03.1984, Az. II ZR 168/83)

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Regelung zum „ideellen Verein“ seit
dem 01.01.2024



§ 21 BGB:

Ein Verein, dessen Zweck **nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet** ist, erlangt Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts.



§ 54 Abs. 1 S. 1 BGB (neu):

Für Vereine, deren Zweck **nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet** ist und die **nicht durch Eintragung in das Vereinsregister** Rechtspersönlichkeit erlangt haben, sind die Vorschriften der §§ 24 bis 53 entsprechend anzuwenden.



Keine Änderung zur bisherigen Rechtslage!

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die (Teil-)Rechtsfähigkeit des
Vereins ohne Rechtspersönlichkeit



§ 21 BGB:

Ein Verein, dessen Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, erlangt **Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister** des zuständigen Amtsgerichts.



„Zwischenzeitlich hat der Senat der (Außen-)Gesellschaft bürgerlichen Rechts die aktive und passive Parteifähigkeit zuerkannt (BGHZ 146, 341 ff.). Da § 54 Satz 1 BGB für den nicht rechtsfähigen Verein ergänzend auf die Vorschriften über die Gesellschaft bürgerlichen Rechts verweist, kann ihm in Abkehr vom früheren Verständnis die aktive Parteifähigkeit nicht weiter vorenthalten werden.“

(BGH, Ur. v. 02.07.2007, Az. II ZR 111/05)



*„Die verwirrende Bezeichnung „nichtrechtsfähiger Verein“ für Vereine, die heute als **rechtsfähig angesehen werden**, wird durch den Begriff „Verein ohne Rechtspersönlichkeit“ ersetzt.“*

(Bundestags-Drs. 19/27635, S. 123)

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Satzung des Vereins

Oder: Welche Bedeutung hat die Vereinssatzung?

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Satzung als Verfassung des Vereins

§ 25 BGB:

Die Verfassung eines rechtsfähigen Vereins wird, soweit sie nicht auf den nachfolgenden Vorschriften beruht, durch die Vereinssatzung bestimmt.

§§ 22 bis 79 i.V.m. §§ 664 bis 670 BGB



„Der Verein kann ... in den Grenzen der zwingenden Vorschriften der §§ 26 ff. und den allgemeinen rechtsgeschäftlichen Grenzen ... seine Verfassung durch Satzung selbst bestimmen.“

(Münchener Kommentar zum BGB/Leuschner, 9. Aufl. 2021, BGB § 25 Rn. 1)



„Die Verfassung des Vereins umfasst alle „das Vereinsleben bestimmenden Grundentscheidungen“. Sie ist hiernach nicht Gesamt-, sondern Grundordnung des Vereins.“

(Münchener Kommentar zum BGB/Leuschner, 9. Aufl. 2021, BGB § 25 Rn. 2)

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Hierarchie der Regelungen des Vereins: „Ober sticht Unter!“

„Da die Satzung von den zwingenden Vorschriften nicht abweichen darf, ihrerseits aber den dispositiven Vorschriften vorgeht und diese nur eingreifen, wenn in der Satzung keine diesbezüglichen Regelungen getroffen wurden, ergibt sich ein Stufenverhältnis unter den Rechtsgrundlagen.“

(Münchener Kommentar zum BGB/Leuschner, 10. Aufl. 2025, BGB § 25 Rn. 2 m.w.N.)



© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Übersicht der gesetzlichen Mindestanforderungen

Gemeint ist: „wenn“

§ 57 Abs. 1 BGB:

Die Satzung muss den Zweck, den Namen und den Sitz des Vereins enthalten und ergeben, dass der Verein eingetragen werden soll.



§ 58 BGB:

Die Satzung soll Bestimmungen enthalten:

1. über den Eintritt und Austritt der Mitglieder,
2. darüber, ob und welche Beiträge von den Mitgliedern zu leisten sind,
3. über die Bildung des Vorstandes,
4. über die Voraussetzungen, unter denen eine Mitgliederversammlung zu berufen ist, über die Form der Berufung und die Beurkundung der Beschlüsse.

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Berechtigung zur Abweichung vom Gesetz



§ 40 Satz 1 BGB:

Die Vorschriften des **§ 26 Absatz 2 Satz 1, des § 27 Absatz 1 und 3, der §§ 28, 31a Abs. 1 Satz 2 sowie der §§ 32, 33 und 38** finden insoweit keine Anwendung als die Satzung ein anderes bestimmt.



§ 26 Abs. 1 Satz 3 BGB: Einschränkung der Vertretungsmacht des Vorstands

§ 30 Satz 1 BGB: Bestellung besonderer Vertreter

§ 37 Abs. 1 BGB: Änderung des Quorums für Minderheitenbegehren

§ 39 Abs. 2 BGB: Festlegung einer Kündigungsfrist

§ 41 BGB: Änderung des Quorums für Auflösungsbeschluss

§ 45 BGB: Bestimmung des Vermögensanfallberechtigten

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER



Die Satzung und die Gemeinnützigkeit

Oder: Die Mustersatzung gibt das Meiste vor!

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Voraussetzung der Steuervergünstigung

RKPN^{.DE}
RECHTSANWALTSKANZLEI
PATRICK R. NESSLER

§ 59 AO:

Die Steuervergünstigung wird gewährt, wenn sich **aus der Satzung**, dem Stiftungsgeschäft oder der sonstigen Verfassung (Satzung im Sinne dieser Vorschriften) **ergibt**, welchen Zweck die Körperschaft verfolgt, dass dieser Zweck den **Anforderungen der §§ 52 bis 55** entspricht und dass er **ausschließlich und unmittelbar** verfolgt wird; die **tatsächliche Geschäftsführung** muss diesen Satzungsbestimmungen entsprechen.

formale
Voraussetzung

tatsächliche
Voraussetzung

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Anforderung an die Satzung

RKPN^{.DE}
RECHTSANWALTSKANZLEI
PATRICK R. NESSLER

§ 60 Abs. 1 AO:

Die Satzungszwecke und die Art ihrer Verwirklichung müssen **so genau bestimmt** sein, dass **auf Grund der Satzung** geprüft werden kann, ob die satzungsmäßigen Voraussetzungen für Steuervergünstigungen gegeben sind,

Die **Satzung muss die in der Anlage 1 bezeichneten Festlegungen enthalten.**



Art. 97 § 1f Abs. 2 EGAO:

§ 60 Abs. 1 Satz 2 der Abgabenordnung ... ist auf Körperschaften, die nach dem 31. Dezember 2008 gegründet werden, sowie auf **Satzungsänderungen** bestehender Körperschaften, die **nach dem 31. Dezember 2008** wirksam werden, anzuwenden.

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Bedeutung des Vorstands

Oder: Warum gibt es den Vereinsvorstand?

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die „Stellung“ des Vorstands

§ 26 Abs. 1 Satz 1 BGB:

Der Verein muß einen Vorstand haben.



**WICHTIG: Das Gesetz kennt nur diesen nach § 26 BGB
vertretungsberechtigten Vorstand!**



§ 58 Nr. 3 BGB:

Die **Satzung** soll Bestimmungen enthalten ... über die Bildung des Vorstands, ...



**Jede Satzung regelt für den jeweiligen Verein die Anzahl der Vorstandsmitglieder,
deren Amtszeit und Amtsbezeichnungen etc.**

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die „aktive“ Vertretung des Vereins

§ 26 Abs. 1 Satz 2 BGB:

Der **Vorstand vertritt** den Verein **gerichtlich und außergerichtlich**; er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters.



§ 26 Abs. 2 Satz 1 BGB:

Besteht der **Vorstand aus mehreren Personen**, so wird der Verein durch die **Mehrheit der Vorstandsmitglieder** vertreten.



§ 40 Satz 1 BGB:

Die Vorschriften des **§ 26 Absatz 2 Satz 1** ... finden insoweit keine Anwendung als die Satzung ein anderes bestimmt.

Die „passive“ Vertretung des Vereins

§ 26 Abs. 2 Satz 1 BGB:

Ist eine Willenserklärung **gegenüber einem Verein** abzugeben, so genügt die Abgabe gegenüber einem Mitglied des Vorstands.



**Ausweislich § 40 BGB auch durch abweichende Satzungsregelung
nicht abänderbar!**

Die Amtszeit des Vorstands

§ 58 Nr. 3 BGB:

Die Satzung soll Bestimmungen enthalten: ...

3. über die Bildung des Vorstands,



Jede Satzung regelt selbst die Anzahl der Vorstandsmitglieder, deren Amtszeit und Amtsbezeichnungen etc.



Enthält die Satzung eine Amtszeit des Vorstands, dann gilt:

„Die Bestellung eines Vereinsvorstandes endet **automatisch mit Ablauf der satzungsmäßig festgelegten Bestellungsfrist.**“

(KG Berlin, Beschl. v. 30.01.2012, Az. 25 W 78/11)

Der Rücktritt des Vorstands

„Für die Amtsniederlegung eines Mitglieds des Vorstands eines eingetragenen Vereins genügt es, daß sie entweder **gegenüber dem Bestellungsorgan oder einem (anderen) Vorstandsmitglied** erfolgt.“

(OLG Frankfurt, Beschl. v. 24.01.1978, Az. 20 W 853/77)



„Der **ehrenamtlich** tätige Vorstand kann grundsätzlich sein Amt **jederzeit** niederlegen ... Die Niederlegung darf jedoch **nicht zur „Unzeit“** erfolgen, sondern sie muss dem Verein angemessene Zeit lassen, das freiwerdende Vorstandsamt anderweit zu besetzen.“

(OLG München, Beschl. v. 06.04.2010, Az. 31 Wx 170/09)



Ein Rücktritt zur „Unzeit“ ist in der Regel wirksam. Jedoch kann sich das entsprechende Vorstandsmitglied gegenüber dem Verein schadensersatzpflichtig gemacht haben!

Die Änderungen im Vorstand

§ 67 Abs. 1 BGB:

Jede **Änderung des Vorstands** ist von dem Vorstand zur Eintragung anzumelden. Der Anmeldung ist eine Abschrift der Urkunde über die Änderung beizufügen.



Die Eintragung selbst ist für die Wirksamkeit der Bestellung als Vorstandsmitglied nicht erforderlich! Sie hat lediglich nachweisende Bedeutung!



§ 77 Satz 1 BGB:

Die Anmeldungen zum Vereinsregister sind von **Mitgliedern des Vorstands...**, die insoweit zur Vertretung des Vereins berechtigt sind, mittels **öffentlich beglaubigter Erklärung** abzugeben.

Die Geschäftsführung des Vorstands

Oder: Was darf der Vorstand entscheiden
und was nicht?

Die Pflichten des Vorstands

„Mit dem Wirksamwerden der Bestellung entsteht für den Vereinsvorstand als gesetzlichem Vertretungs- und Geschäftsführungsorgan nicht nur das Recht, sondern auch die **Pflicht zur eigenverantwortlichen Führung der Vereinsgeschäfte.**“
(BGH, Urt. v. 12.10.1992, Az. II ZR 208/91)



„Den Inhabern eines Vorstandsamts obliegt die **Sorge für das rechtmäßige Verhalten des Vereins nach außen hin**; diese haben dafür Einzustehen, dass die Rechtspflichten - privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Natur - erfüllt werden, die den Verein als juristische Person treffen.“
(LG Kaiserslautern, Urt. v. 11.05.2005, Az. 3 O 662/03)

Entscheidungsbefugnisse des Vorstands

„Räumt die Satzung einem Vorstandsmitglied eine bestimmte Vertretungsmacht ein, so spricht sie ihm damit regelmäßig zugleich diejenige Geschäftsführungsbefugnis zu, die mit dieser Vertretung untrennbar verbunden ist. Dies gilt schon deshalb, weil jede Vertretungshandlung (Außenverhältnis) zugleich ohne weiteres eine entsprechende Geschäftsführungsmaßnahme (Innenverhältnis) darstellt.“
(BGH, Urt. v. 12.10.1992, Az. II ZR 208/91)



§ 26 Abs. 1 Satz 3 BGB:

Der Umfang der Vertretungsmacht kann **durch die Satzung** mit Wirkung gegen Dritte **beschränkt** werden.

Die Unentgeltlichkeit der Vorstandstätigkeit

§ 27 Abs. 3 BGB:

Auf die Geschäftsführung des Vorstands finden die für den Auftrag geltenden Vorschriften der §§ 664 bis 670 entsprechende Anwendung.

Die Mitglieder des Vorstands sind unentgeltlich tätig.



„Grundsätzlich ist ein Vereinsvorstand zur ehrenamtlichen Tätigkeit verpflichtet.“

(BGH, Urt. v. 14.12.1987, Az. II ZR 53/87; bestätigt mit Beschl. v. 03.12.2007, Az. II ZR 22/07)



§ 40 Satz 1 BGB:

Die Vorschriften des ... **§ 27 Absatz 3** ... finden insoweit keine Anwendung als die **Satzung** ein anderes bestimmt.

Der Aufwendungsersatzanspruch der Vorstandsmitglieder

§ 27 Abs. 3 Satz 1 BGB:

Auf die Geschäftsführung des Vorstands finden **die für den Auftrag geltenden Vorschriften der §§ 664 bis 670** entsprechende Anwendung.



§ 670 BGB:

Macht der Beauftragte zum Zwecke der Ausführung des Auftrags Aufwendungen, die er den Umständen nach für erforderlich halten darf, so ist der Auftraggeber zum Ersatz verpflichtet.

**Aufwendungen des Vorstands im
Sinne des § 670 BGB:**



*„Aufwendungen im Sinne des nach § 27 Abs. 3 BGB entsprechend anwendbaren Auftragsrechts **sind alle Vermögensopfer mit Ausnahme der eigenen Arbeitszeit und Arbeitskraft**, die der Beauftragte zum Zwecke der Ausführung des Auftrags freiwillig, auf Weisung des Auftraggebers oder als notwendige Folge der Auftragsausführung erbringt.*

*Dazu zählen alle Auslagen des Beauftragten, insbesondere für **Reisekosten, Post- und Telefonspesen, zusätzliche Beherbergungs- und Verpflegungskosten etc.** Sie sind erstattungsfähig, soweit sie tatsächlich angefallen, für die Ausführung der übernommenen Tätigkeit erforderlich sind und sich in einem angemessenen Rahmen halten.*

Alle darüber hinaus bezogenen Leistungen sind Vergütung, d.h. offenes oder verschleiertes Entgelt für die geleistete Tätigkeit als solche.“

(BGH, Urt. v. 14.12.1987, Az. II ZR 53/87; bestätigt von BGH, Beschl. v. 03.12.2007, Az. II ZR 22/07)

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

**Die Rechenschaftspflicht des
Vorstands**



§ 27 Abs. 3 BGB:

Auf die Geschäftsführung des Vorstands finden die **für den Auftrag geltenden Vorschriften** der §§ 664 bis 670 entsprechende Anwendung.



§ 666 BGB:

Der Beauftragte ist verpflichtet, ... **Rechenschaft** abzulegen.



§ 259 Abs. 1 BGB:

Wer verpflichtet ist, über eine mit Einnahmen oder Ausgaben verbundene Verwaltung Rechenschaft abzulegen, hat dem Berechtigten eine die **geordnete Zusammenstellung der Einnahmen oder der Ausgaben** enthaltende Rechnung mitzuteilen und, soweit Belege erteilt zu werden pflegen, Belege vorzulegen.

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Auskunftspflicht des Vorstands

§ 27 Abs. 3 BGB:

Auf die Geschäftsführung des Vorstands finden die **für den Auftrag geltenden Vorschriften** der §§ 664 bis 670 entsprechende Anwendung.



§ 666 BGB:

Der Beauftragte ist verpflichtet, dem Auftraggeber ... auf Verlangen über den Stand des Geschäfts **Auskunft** zu **erteilen** ...



„Den Landesverbänden steht als Vereinsmitgliedern ... in der Mitgliederversammlung ... ein Auskunftsrecht ... über alle wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse des Vereins zu ... Dieses umfassende Informationsrecht der Verbandsversammlung ... findet seine Grenze nur in einem etwa vorrangigen berechtigten Geheimhaltungsinteresse ... zur Abwehr einer zu besorgenden Gefahr.“

(BGH, Urt. v. 11.11.2002, Az. II ZR 125/02)

Beschlussfassung im mehrgliedrigen Vorstand

§ 28 BGB:

Bei einem Vorstand, der **aus mehreren Personen** besteht, erfolgt die Beschlussfassung nach den für die Beschlüsse der Mitglieder des Vereins geltenden Vorschriften der §§ 32, 34.



§§ 32 und 34 BGB enthalten Regelungen zur Mitgliederversammlung



§ 40 Satz 1 BGB:

Die Vorschriften des ... § 32 ... finden insoweit keine Anwendung als die Satzung ein anderes bestimmt.

Die Haftung des Vorstands

Oder: Für welche Fehler muss
der Vorstand einstehen?

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die zentrale Haftungsnorm für eine „Pflichtverletzung“

Auftragsverhältnis (§§ 27 Abs. 3, 664 - 670
BGB)

§ 280 Abs. 1 BGB:

Verletzt der Schuldner eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis, so kann der Gläubiger Ersatz des hierdurch entstehenden Schadens verlangen.

Dies gilt nicht, wenn der Schuldner die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.



§ 31a Abs. 1 BGB:

Sind Organmitglieder oder besondere Vertreter unentgeltlich tätig oder erhalten sie für ihre Tätigkeit eine Vergütung, die 840 Euro jährlich nicht übersteigt, haften sie dem Verein für einen bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten verursachten Schaden nur bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Satz 1 gilt auch für die Haftung gegenüber den Mitgliedern des Vereins. Ist streitig, ob ein Organmitglied oder ein besonderer Vertreter einen Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat, trägt der Verein oder das Vereinsmitglied die Beweislast.

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Entlastung des Vorstands

„Die **Verzichtswirkung** der Entlastung beschränkt sich auf (Bereicherungs- und Schadensersatz-)Ansprüche, die dem entlastenden Organ **bekannt sind** oder bei sorgfältiger Prüfung **bekannt sein konnten** ...

Es liegt beim Vorstand - entsprechendes gilt für andere um Entlastung nachsuchende Vereinsorgane -, durch **hinreichende Offenheit** gegenüber der Mitgliederversammlung die **Tragweite** der erbetenen Entlastung **selbst zu bestimmen**.“

(BGH, Urt. v. 14.12.1987, Az. II ZR 53/87)

Die Handelndenhaftung beim Verein ohne Rechtspersönlichkeit

§ 54 BGB (alt) :

Auf Vereine, die **nicht rechtsfähig** sind, finden die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung. Aus einem Rechtsgeschäft, das im Namen eines solchen Vereins einem Dritten gegenüber vorgenommen wird, **haftet der Handelnde persönlich**; handeln mehrere, so haften sie als Gesamtschuldner.



§ 54 Abs. 2 BGB (neu):

Aus einem Rechtsgeschäft, das im Namen eines Vereins ohne Rechtspersönlichkeit einem Dritten gegenüber vorgenommen wird, haftet der Handelnde persönlich; handeln mehrere, haften sie als Gesamtschuldner.



normalerweise handelt auch beim
nicht eingetragenen Verein der
Vorstand



Haftung trifft aber auch jeden anderen
für den Verein Handelnden

Die Mitgliederversammlung

Oder: Ist die Mitgliederversammlung wirklich das
höchste Organ des Vereins?

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Das „oberste Organ“ des Vereins: richtig und falsch zugleich!

§ 32 Abs. 1 Satz 1 BGB:

Die Angelegenheiten des Vereins werden, **soweit** sie nicht von dem Vorstand oder einem anderen Vereinsorgan zu besorgen sind, durch Beschlussfassung in einer **Versammlung der Mitglieder** geordnet.



§ 40 Satz 1 BGB:

Die Vorschriften des ... **§ 32** ... finden insoweit keine Anwendung als die Satzung ein anderes bestimmt.



Durch ausdrückliche Regelungen in der Vereinssatzung können sowohl die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung, als auch das Verfahren der Versammlung abweichend vom Gesetz geregelt werden

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Hybride und virtuelle Mitglieder- versammlungen

§ 32 Abs. 2 S. 1, 2 BGB:

Bei der Berufung der Versammlung **kann** vorgesehen werden, dass Mitglieder auch ohne Anwesenheit am Versammlungsort **im Wege der elektronischen Kommunikation** an der Versammlung teilnehmen und andere Mitgliederrechte ausüben können (hybride Versammlung).

Die Mitglieder können beschließen, dass **künftige Versammlungen** auch **als virtuelle Versammlungen** einberufen werden können, an der Mitglieder ohne Anwesenheit am Versammlungsort im Wege der elektronischen Kommunikation teilnehmen und ihre anderen Mitgliederrechte ausüben müssen.



§ 32 Abs. 2 S. 3 BGB:

Wird eine hybride oder virtuelle Versammlung einberufen, so muss **bei der Berufung** auch angegeben werden, wie die Mitglieder ihre Rechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können.



§ 40 S. 1 BGB:

Die Vorschriften des ... **§ 32** ... finden insoweit keine Anwendung als die Satzung ein anderes bestimmt.

Wann ist eine Versammlung einuberufen?

§ 36 BGB:

Die Mitgliederversammlung ist in den **durch die Satzung bestimmten Fällen** sowie dann zu berufen, wenn das **Interesse des Vereins** es erfordert.



Ein in der **Satzung festgelegter Einberufungszeitpunkt** (z.B. „jährlich“ oder „in der ersten Jahreshälfte“) ist bindend.



Die Nichteinhaltung führt **nicht** zur Unwirksamkeit der Beschlüsse, aber gegebenenfalls zur Schadensersatzpflicht des Einberufungsorgans

Wer darf zur Versammlung einladen?



Enthält die **Satzung** eine Regelung, welche Person oder welches Organ für die Einberufung der Mitgliederversammlung zuständig ist, hat die Einberufung durch diese Person oder dieses Organ zu erfolgen



Ohne ausdrückliche Satzungsregelung ist der **vertretungsberechtigte Vorstand** (i. S. des § 26 BGB) des Vereins (in vertretungsberechtigter Zahl) zuständig und berechtigt (LG Hamburg, Urt. v. 03.01.2008, Az. 319 O 135/07).



Wird die Mitgliederversammlung von einem nicht zuständigen Vereinsorgan einberufen, ist die **Einberufung unwirksam**. Dem folgend sind dann auch alle Beschlüsse nichtig (BGH, Urt. v. 26.10.1955, Az. VI ZR 90/54)

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

In welcher Form muss eingeladen werden?



§ 58 Nr. 4 BGB:

Die Satzung soll Bestimmungen enthalten: ...

4. ... über die **Form** der Berufung ...



Wurde die Mitgliederversammlung nicht in der nach der Satzung erforderlichen Form einberufen, sind alleine deshalb alle in der Mitgliederversammlung gefassten **Beschlüsse grundsätzlich nichtig** (OLG Hamm, Urt. v. 18.12.2013, Az. 8 U 20/13).

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Mit welcher Frist muss eingeladen werden?

Eine in der Satzung enthaltene Frist ist verbindlich !

„Fehlt ... in der Satzung eine Bestimmung über die Einberufungsfrist, so ist diese so zu veranschlagen, dass es jedem Mitglied möglich ist, sich auf die Versammlung vorzubereiten und an ihr teilzunehmen. Welche Ladungsfrist angemessen ist, lässt sich allgemein nicht sagen.“

(OLG Hamm, Beschl. v. 20.11.2019, Az. 27 W 76/19)

Deshalb ist im jeweiligen Einzelfall der Zweck des Vereins, dessen Einzugsgebiet und sind die Gegenstände der beabsichtigten Beschlüsse von Bedeutung.

Die von einer verfristet einberufenen Mitgliederversammlung gefassten Beschlüsse sind **grundsätzlich nichtig** (OLG Hamm, Beschl. v. 20.11.2019, Az. 27 W 76/19 ; LG Düsseldorf, Urt. v. 28.02.2012, Az. 6 O 357/11)

Wen muss man einladen?

An der Mitgliederversammlung darf grundsätzlich **jedes Mitglied** teilnehmen, also auch Mitglieder mit Sonderstatus und Mitglieder ohne Stimmrecht

Einzuladen sind auch alle nach der Satzung teilnahmeberechtigten Nichtmitglieder

„Ein Vereinsbeschluß oder eine Wahl ist grundsätzlich ungültig, wenn nicht alle Mitglieder zur Mitgliederversammlung entsprechend den Satzungsbestimmungen eingeladen worden sind ...“

(BayObLG, Beschl. v. 10.07.1996, Az. 3Z BR 78/96)

Was muss man in der Einladung ankündigen?



§ 32 Abs. 1 Satz 2 BGB:

Zur Gültigkeit des Beschlusses ist erforderlich, dass der Gegenstand **bei der Berufung** bezeichnet wird.



„Ist der Gegenstand der Beschlussfassung in der Einladung zu einer Mitgliederversammlung nicht oder so ungenau bestimmt, dass den Mitgliedern eine sachgerechte Vorbereitung der Versammlung und eine Entscheidung, ob sie an der Versammlung teilnehmen wollen, nicht möglich ist, so sind die auf der Versammlung gefassten Beschlüsse nichtig.“

(BGH, Urt. v. 02.07.2007, Az. II ZR 111/05)

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Behandlung von Dringlichkeitsanträgen



*„Die Vereinssatzung kann es für zulässig erklären, dass Gegenstände zur Beschlussfassung noch nach Einberufung der Mitgliederversammlung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Diese müssen den Mitgliedern aber - **jedenfalls wenn es sich um Satzungsänderungen handelt** - so rechtzeitig vor dem Zusammentritt der Mitgliederversammlung mitgeteilt werden, dass genügend Zeit zu einer sachgerechten Vorbereitung bleibt; das gilt grundsätzlich auch für eilbedürftige Angelegenheiten.“*

(BGH, Urt. v. 17.11.1986, Az. II ZR 304/85)



Wegen der Begründung des Urteils ist davon auszugehen, dass diese Anforderungen mindestens auch für Beitragserhöhungen, Vorstandswahlen und Vorstandsabwahlen sowie die Vereinsauflösung gelten

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Wer leitet die Versammlung?

Bestimmt die Satzung einen **Versammlungsleiter**, dann hat diese Person das **Recht zur Versammlungsleitung!**

„Fehlt eine solche Satzungsbestimmung, so fällt die Aufgabe, die Versammlung zu leiten, zunächst dem Vorstand ... zu. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, ist der Vorsitzende des Vorstands kraft dieser Stellung der gegebene Versammlungsleiter; bei dessen Verhinderung ist es der stellvertretende Vorsitzende.“

(Sauter/Schweyer/Waldner, Der eingetragene Verein, 22. Aufl. 2025, Rn. 180)

Ist die von der Satzung dazu befugte Person bzw. kein Mitglied des vertretungsberechtigten Vorstandes anwesend, so wählt die Versammlung einen Leiter.

„Wird der satzungsgemäße Versammlungsleiter an der Wahrnehmung seines Rechts zur Führung des Vorsitzes gehindert, so liegt ein Verstoß gegen die Satzung vor. Er begründet die Unwirksamkeit der in der Versammlung gefassten Beschlüsse ...“

(Stöber/Otto, Handbuch zum Vereinsrecht, 12. Auflage 2021, Rn. 889)

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

§ 32 Abs. 1 Satz 3 BGB:

Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen **Stimmen**.

„... wobei der Grundsatz **„ein Mitglied eine Stimme“** gilt.“

(BGH, Urt. v. 28.11.1988, Az. II ZR 96/88)

§ 38 Satz 2 BGB:

Die Ausübung der Mitgliedschaftsrechte kann nicht einem anderen überlassen werden.

§ 40 Satz 1 BGB:

Die Vorschriften ... der §§ 32 ... und 38 finden insoweit keine Anwendung als die Satzung ein anderes bestimmt.

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Das Weisungsrecht der Mitgliederversammlung

§ 665 BGB:

Der Beauftragte ist berechtigt, von den Weisungen des Auftraggebers abzuweichen, wenn er den Umständen nach annehmen darf, dass der Auftraggeber bei Kenntnis der Sachlage die Abweichung billigen würde.

Der Beauftragte hat **vor der Abweichung** dem Auftraggeber **Anzeige zu machen und dessen Entschließung abzuwarten**, wenn nicht mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist.



„Eine Zuständigkeit der Mitgliederversammlung besteht also nur vorbehaltlich anderweitiger Regelungen in der Satzung, die dadurch Rechte der Mitgliederversammlung einschränken und ihr gesetzlich obliegende Aufgaben einem anderen Vereinsorgan zuweisen kann.“

(OLG Celle, Beschl. v. 28.08.2017, Az. 20 W 18/17)



**Klassischer Fall der Weisung an den Vorstand:
von der Mitgliederversammlung beschlossener Haushaltsplan**

Die Auszählung der Stimmen

*„Damit besteht kein Anlaß, § 13 Ziff. 6 Satz 1 der Satzung des Beklagten anders zu verstehen als § 32 Abs. 1 Satz 3 BGB, den der Senat dahin ausgelegt hat, daß **Stimmenthaltungen nicht mitzuzählen** sind ...*

Ausschlaggebend für die Auslegung des § 32 Abs. 1 Satz 3 BGB [alte Fassung] ... war der Gesichtspunkt, daß derjenige, der sich der Stimme enthält, seine Unentschiedenheit bekunden und gerade nicht mit Nein stimmen will. Würde seine Stimme trotzdem bei der Mehrheitsberechnung mit der Wirkung einer Nein-Stimme mitgezählt, so würde dies den Erklärungswert seines Abstimmungsverhaltens verfälschen.“

(BGH, Urt. v. 12.01.1987, Az. II ZR 152/86)

Die Kassenprüfung

Oder: Vertrauen ist gut, Kassenprüfung ist besser!

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Vereinsrecht

„Das Vereinsrecht kennt keine allgemeine Prüfungspflicht durch Kassenprüfer oder Dritte mit Überprüfung der jeweiligen jährlichen Rechnungslegung oder der allgemeinen Geschäftsführung und Vermögensverwaltung des Vorstands.“

(Lehmann, „Die Kassenprüfung im Verein“, 2. Aufl. 2007)



Deshalb haben die vereinsinternen Regelungen zu den Kassenprüfern und zur Kassenprüfung eine besonders große Bedeutung.

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

Prüfungspflichten des Kassenprüfers

RKPN_{.DE}
RECHTSANWALTSKANZLEI
PATRICK R. NESSLER

„... Der Auftrag der Rechnungsprüfer beschränkt sich regelmäßig auf
die **Kassenführung** sowie
auf die Prüfung, ob die Mittel **wirtschaftlich verwendet** worden sind,
ob die **Ausgaben sachlich richtig** sind und
ob sie mit dem **Haushaltsplan** übereinstimmen ...“
(BGH, Urt. v. 14.12.1987, Az. II ZR 53/87)



Enthält die Satzung strengere oder weniger strengere Anforderungen,
dann gelten diese!

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER

RKPN_{.DE}
RECHTSANWALTSKANZLEI
PATRICK R. NESSLER

**Weiterhin viel Spaß bei Ihrer
ehrenamtlichen Arbeit !**

© 11/2025 BY RECHTSANWALT PATRICK R. NESSLER